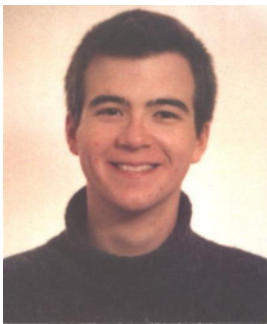


Editorial



Klimaschutz: Wann wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier?

So lautete bereits das Motto bei der Handball-WM. Nun hat last not least die UN wissenschaftlich untermauert, dass der Klimawandel Realität ist.

Die Erderwärmung mit ihren verheerenden Folgen wie Unwetter, Eisschmelze, Hochwasser, Dürre und Stürmen bisher unbekannter Heftigkeit muss dringend in Grenzen gehalten werden. Aber Merkel und Gabriel halten nur wohlfeile Reden zum Thema. Wo es ans Handeln geht, versagen sie. So weigert sich die Bundesregierung die CO₂ Obergrenzen für PKW verbindlich niedrig im Sinne der EU festzulegen. Die deutsche Automobilindustrie hupt und die Regierung legt brav den Rückwärtsgang ein. Dabei hatte die Industrie ursprünglich zugestimmt, diese Normen freiwillig zu erreichen. Aber wie so oft war das nur ein leeres Versprechen. Und nun, wo es ernst wird mit der Minderung der CO₂ Emissionen hält die Regierung wieder ihre schützende Hand über die deutsche Autoindustrie und blockiert

so eine effektive europäische Regelung. Das ist weder gut für das Klima noch für die Wettbewerbsfähigkeit. Hybridautos aus Japan lassen grüßen!

Merkel, Glos und Verheugen haben diese Regelung im Interesse der Autokonzerne verhindert und einen Kompromiss zugunsten der Spritschlucker erreicht. Einen schlechteren Start hätte die deutsche Ratspräsidentschaft - und allen voran Angela Merkel, die die Klimapolitik zur Hauptaufgabe der Präsidentschaft machen wollte - kaum hinlegen können. Eine Möglichkeit: zum Mitmachen bietet: <http://www.spritschlucker-stoppen.de>.

Dafür schreiben wir nichts zur vermurksten Gesundheitsreform, die Kosten einseitig bei den Versicherten ablädt und zur Unternehmenssteuerreform, die weitere Steuerentlastungen oder besser unangebrachte Geschenke beinhaltet. Fazit: die große Koalition handelt ökologisch und sozial unverantwortlich.

Unsere Schwerpunktthemen in dieser Ausgabe sind der Klimaschutz und die geplanten Umweltschiffahrt.

*Mit besten Grüßen
Ihr Lars Kramm*

| | |
|--|----|
| Editorial | 1 |
| Klimaschutz: Taten statt Warten! | 2 |
| Der neue Klimabericht der UN | 3 |
| Umweltzone Ruhr: RVR legt Machbarkeitsstudie vor | 4 |
| Stichwort: Ruhrschiffahrt – Nicht alles Machbare ist sinnvoll! | 5 |
| Sparkasse: immer nah –immer da? | 6 |
| Bürgerbegehren? | 7 |
| Diskussion: Sparen im Kulturbereich, aber wo? | 9 |
| GRÜNE besuchen Alte Schmiede in Borbeck | 10 |
| Obst und Gemüse: | 11 |
| Blockade gefährdet wirksames Bleiberecht | 11 |
| Kai's Brief aus Berlin | 12 |
| Tipps und Termine | 13 |

Klimaschutz: Taten statt Warten!

Bündnis 90/Die Grünen haben die Bundesregierung aufgefordert, mehr klimapolitische Verantwortung zu übernehmen. In dem Beschluss "Taten statt Warten", verlangen die Grünen "dass die klimapolitische Verantwortung beim Automobilverkehr endlich vom Lippenbekenntnis zum konkreten Handeln wird."

Die Grüne Bundesvorsitzende, Claudia Roth, hat das gestiegene Engagement der Bundesregierung für den Klimaschutz zwar begrüßt, gab jedoch zu bedenken, dass es nicht ausreiche, nur Grün zu reden. "Jetzt müssen Taten folgen", so Roth.. Klimapolitik sei kein Konjunkturthema mahnte sie und forderte die Bundesregierung auf, die Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz nicht zu verspielen.

Der verabschiedete Beschluss der Grünen, "Taten statt Warten" zeige in sieben konkreten und schnell umzusetzenden Schritten, was kurzfristig zu tun sei, um dem Klimawandel aktiv entgegenzuwirken, erklärte die Bundesvorsitzende.

Danach soll die Kfz-Steuer zukünftig dazu genutzt werden, die Einführung verbrauchsarmer Autos zu fördern. Zudem müsse die Bundesregierung für ihren eigenen Bereich und nachgeordnete Behörden verbindlich festlegen, dass nur noch verbrauchsarme PKW beschafft werden; dabei solle die PKW-Flotte des Bundes einen durchschnittlichen CO₂-Ausstoß von zunächst 140 Gramm pro Kilometer und ab 2012 von 120 Gramm pro Kilometer unterschreiten. Weiterhin müsse die steuerliche Begünstigungen von dienstlich genutzten Automobilen maßgeblich an den CO₂-Ausstoß gebunden sein.

[Beschluss des Bundesvorstands: Taten statt Warten](#)

[E-Card verschicken: Klimawandel erfordert Sinneswandel](#)

[Aktuelle Klimastudien - gesammelte Links](#)

In die bestehende LKW-Maut müssten auch Kleintransporter ab 3,5 Tonnen einbezogen werden. Zudem sollte die Maut schrittweise auf alle Bundesstraßen ausgeweitet werden. Weiterhin fordern die Grünen ein Tempolimit von 120km/h sowie eine Festlegung von Emissionsklassen für Automobile. Auch ein umweltbewusster Fahrstil (Eco-Drive) und Car-Sharing sollten künftig gefördert werden. Bei Fahrprüfungen solle in Zukunft eine Eco-Drive Ausbildung verbindlich einbezogen werden.

Klimawandel erfordert Sinneswandel

Um diesen Nachdruck zu enthüllen, die Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen ein Banner vor der Geschäftsstelle in Berlin. Klimaschutz sei eine Querschnittsaufgabe, erklärte Roth nach der Enthüllung. Dabei appellierte sie an die

Verbraucherinnen und Verbraucher, ihre Marktmacht in Bezug auf umweltfreundliche Produkte zu nutzen und so den Weg für Verbesserungen zu bereiten.

"Klimawandel erfordert einen Sinneswandel. Es nützt nichts, den Kopf in den Sand zu stecken," ergänzte Reinhard Bütikofer und rief die Bürgerinnen und Bürger zum Umdenken auf.

Dem Klimawandel könne man entgegenwirken, so der Grünen-Politiker. Dies erfordere jedoch ein langfristiges, bewusstes Handeln. Außerdem könne die Klimaproblematik besonders für die Automobilindustrie als Herausforderung und Chance gesehen werden. Mit der Entwicklung CO₂-armer Autos wäre nicht nur dem Klima geholfen, es könnten auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.



Der neue Klimabericht der UN Dramatische Realität, düstere Prognosen, untätige Regierung!

Der Klimawandel beschäftigt Menschen, Medien und Politik wie nie zuvor. Der bisher extrem warme Winter führt uns sehr deutlich seine Folgen vor Augen. Der **Orkan "Kyrill"** trifft mit großer Wucht auf Deutschland, außergewöhnlich in Zeitpunkt und Stärke. Zugleich wird das Sonnenland Kalifornien von einer extremen Kältewelle getroffen. Dies alles sind nicht mehr nur die Vorboten des Klimawandels, sondern zeigt seine dramatische Realität. Bundesregierung redet viel, tut aber wenig. ExpertInnen warnen einhellig: Die Gefahr ist groß, es muss dringend radikal gehandelt werden! Die **EU-Kommission** hat Anfang Januar Szenarien für die zu erwartenden Klimaveränderungen und deren Auswirkungen veröffentlicht. Bis Ende des Jahrhunderts ist mit ernstesten gesundheitlichen Problemen und Tausenden von Hitzetoten zu rechnen. Stürme werden häufiger und stärker werden, der Meeresspiegel wird dramatisch ansteigen, Hitze und Dürren werden zunehmen. Landwirtschaft, Tourismus und viele Tier- und Pflanzenarten werden zu den Leidtragenden gehören. Der neue IPCC-Bericht, vom obersten Klimaforschergremium der UN, untermauert die düsteren Prognosen und lässt keinen Zweifel daran: **Verantwortlich für die globale Erwärmung ist der Mensch!**

Der IPCC-Bericht enthält viele eindrucksvolle und besorgniserregende Aussagen: Die Konzentration der Treibhausgase Kohlendioxid, Methan und Lachgas in der Atmosphäre ist so hoch wie seit mindestens 650.000 Jahren nicht. Die Erwärmung der letzten 50 Jahre war so stark wie seit mindestens 1.300 Jahren nicht mehr. Elf der letzten zwölf Jahre gehören zu den zwölf wärmsten Jahren seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Bis 2100 wird sich die Erde wahrscheinlich zwischen 1,8 und 4 Grad Celsius erwärmen, möglicherweise sogar bis über 6 Grad. Am wahrscheinlichsten ist ein Zuwachs von rund 3 Grad.

Aufgabe der Politik ist es, alles dafür zu tun, die **Auswirkungen des Klimawandels zu begrenzen**. Der Anstieg der Temperatur muss auf maximal zwei Grad begrenzt werden, andernfalls drohen nicht mehr beherrschbare Konsequenzen. Aber was tun Bundesregierung und EU? Sie halten – von Kommissionspräsident Barroso über Kanzlerin Merkel bis zu Umweltminister Gabriel – große Reden über die gewaltige Herausforderung des Klimaschutzes. Die Bundesregierung verspricht, die Klimapolitik ins Zentrum ihrer EU- und G8-Präsidentschaft zu rücken. Das ist gut und richtig, aber leider handelt sie nicht. Was hindert die Bundesregierung daran, endlich ein neues, ambitioniertes, nationales Klimaschutzziel zu verkünden: die **Senkung der Treibhausgasemissionen um 40 Prozent bis 2020** und um 80 Prozent bis 2050? Ein glaubwürdiger Vorreiter würde dies tun, und nicht mit konditionierten Wenn/Dann-Ankündigungen die Verantwortung auf die EU schieben. Und die EU schiebt ihrerseits die Verantwortung auf die globale Ebene. So kann der Klimaschutz international nicht vorankommen. Deutschland muss endlich zu einem wirklichen Vorreiter werden und mit gutem Beispiel vorangehen.

Das Handeln der **Bundesregierung** in der Klimapolitik widerspricht nicht nur fundamental ihrer hehren Rhetorik. Noch viel schlimmer: Statt den vernünftigen Vorgaben der EU-Kommission beim Emissionshandel nachzukommen, **leistet** sie **kleinkarierten Widerstand** und hält sogar weiterhin ihre Klagedrohung offen. Wir fordern die Bundesregierung auf, endlich beim Emissionshandel nachzubessern: Das Mengenziel muss im Sinne der Kommission verringert, die Bevorzugung der Kohle beendet und die Möglichkeit einer zehnprozentigen Versteigerung genutzt werden. Nur so hat sie die Chance, ihrer klimapolitischen Verantwortung gerecht zu werden

Rheinhold Loske
Umweltpolitischer Sprecher der GRÜNEN BTF

Ruhrgebiet heizt sich besonders auf

Nach einer Studie der Ruhruniversität Bochum werden Menschen im Ruhrgebiet unter den Folgen des Klimawandels besonders leiden, weil das Ruhrgebiet zur Hitzeinsel wird. Dichte Bebauung und Verkehrsflächen behindern den Luftaustausch. Die Folge sei ein ganzjähriger Temperaturüberschuss, so der Leiter des geografischen Instituts der Ruhruni Bochum Michael Bruse. In den Sommern 2003 bis 2006 sei die Temperatur 4 -5 Grad wärmer gewesen als im Umland. Folge: gesundheitliche Probleme in den Sommermonaten vor allem für Ältere, u. a. auch Hitzetote.

Umweltzone Ruhr: RVR legt Machbarkeitsstudie vor

Um die Belastung durch Feinstaub im Ruhrgebiet unter Kontrolle zu bringen, soll ein städteübergreifender Luftreinhalteplan in Form der Umweltzone Ruhr geschaffen werden. Der Regionalverband Ruhr (RVR) hat am 22.11.2006 dazu erste Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie vorgelegt. Demnach soll ab 01.01.2008 eine großräumige Umweltzone eingerichtet werden, innerhalb der nur noch Fahrzeuge, die bestimmte Abgasnormen erfüllen und eine entsprechende Plakette haben, fahren dürfen. Von einem Fahrverbot betroffen wären Dieselfahrzeuge mit Abgasstandard Euro 1 oder schlechter und Fahrzeuge mit Ottomotor ohne geregelten Katalysator bzw. geregeltem Katalysator der ersten Generation. Bei Zuwiderhandlung drohen Bußgeld (40 Euro) und ein Punkt in Flensburg.

Damit wären etwa 15 bis 20 Prozent der Fahrzeuge (etwa 180000 PKW und einige tausend LKW) im Ruhrgebiet von einer möglichen Stilllegung betroffen. Schätzungen über die Anzahl der Fahrzeuge, die außerhalb der Umweltzone gemeldet sind, aber regelmäßig in das Ruhrgebiet einfahren, liegen nicht vor. Es ist jedoch davon auszugehen, dass aufgrund der hohen Verflechtungen mit dem Umland weit mehr als 300.000 Fahrzeuge nicht mehr entsprechend genutzt werden könnten.

Die Umweltzone Ruhrgebiet soll die Region mit 16 Städten von Moers bis Dortmund umfassen. Autobahnen sollen von Fahrverboten ausgenommen werden, um den Transitverkehr nicht zu behindern und Lkw-Umleitungen auf die Autobahnen zu lenken.

Der RVR hat angekündigt, dass er zur Einrichtung der Umweltzone Ruhr Gespräche mit den betroffenen Kommunen führen wird. Die Kommunen ihrerseits müssten dann einen Vorschlag bei den drei betroffenen Bezirksregierungen einreichen. Die Bezirksregierungen sind in ihrer Funktion als Landesbehörde für die Genehmigung der Luftreinhaltepläne zuständige Behörde. Allerdings bedarf es noch einer Festlegung einer federführenden Bezirksregierung zur Umsetzung der Umweltzone durch die Landesregierung. Da stoßen wir wieder auf den Pferdefuß einer dreigeteilten Verwaltung im Ruhrgebiet, das immer noch zu drei Regierungsbezirken gehört.

Offen ist jedoch, inwieweit die Umsetzung des Planes von der Landesregierung unterstützt wird. Während sich Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) für die Umweltzone ausgesprochen hat, wurde jedoch von Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) und der FDP-Landtagsfraktion Widerspruch angemeldet. Außerdem will ein Regierungspräsident das Projekt Umweltzone blockieren. Der Regierungspräsident von Arnsberg(!), Diegel (CDU) hatte auf dem Verkehrsgipfel des Initiativkreises "Pro Ruhrgebiet" genauso wie der ADAC die Einführung einer Umweltzone im Ruhrgebiet als "imageschädigende Maßnahme" abgelehnt. Diese Kräfte behindern die Ruhrgebietsstädte massiv in ihrem Bemühen, ihre Feinstaubbelastung zu senken und die dort lebenden Menschen vor weitergehenden Gesundheitsschädigungen durch Feinstaub zu schützen. Sie wollen mehr Stinker im Ruhrgebiet fahren lassen und die Einschränkungen aushöhlen. Die GRÜNEN im Landtag und im Regionalverband bzw. Bezirksverband Ruhr haben die Pläne für eine

Umweltzone dagegen einhellig begrüßt. Die Essener GRÜNEN tun dies selbstredend e-

benfalls.

Helmar Pless

Stichwort: Ruhrschifffahrt – Nicht alles Machbare ist sinnvoll!

Bis zur Kampmannbrücke, aber nicht weiter möchten GRÜNE und Essener Naturschützer die Fahrgastschiffe auf der Ruhr fahren lassen –so wie bisher! Trotzdem sucht die Erweiterung der Ruhrschifffahrt immer wieder als Gespenst die Heisinger Auen heim.

In den achtziger Jahren hatte sich der Steeler SPD-Landtagsabgeordnete Gorlas die Schiffbarmachung der Ruhr zwischen Baldeneysee und Kemnader Stausee (!) auf die Fahnen geschrieben und damit erbitterten Widerstand bei Naturschützern und GRÜNEN geerntet. Heute forcieren EVAG und CDU-Vertreter die Ausweitung des Ausflugsverkehrs zwischen Kampmannbrücke und Steele auf einem kleineren Abschnitt der Ruhr.

Ist Essens einziges Naturschutzgebiet von europäischer Bedeutung aber wirklich in Gefahr? Welche Konsequenzen würde eine Ausdehnung des Fahrraums der Weißen Flotte auf das empfindliche Ökosystem haben?

NABU Ruhr, EAU und BUND wenden sich entschieden gegen eine Erweiterung der Personenschifffahrt auf der Ruhr, weil negative Auswirkungen auf das Flussökosystem und das FFH-Gebiet * zu befürchten sind.

Schon jetzt stellt die Schifffahrt mit kleineren Booten ein Problem für das FFH-Gebiet dar.

Motorbootgeschwindigkeiten von 12 Stundenkilometern stellen nicht nur die brütenden Wasservögel vor große Probleme. Wellenschlag und die schiere Größe von z.B. der MS Heisingen, die nach EVAG-Plänen bis nach Steele fahren soll, würden den Zustand erheblich verschlimmern.

Bei einer Ausdehnung des Schifffahrtbetriebs bis Essen-Steele (und darüber hinaus bis zur Stadtgrenze nach Bochum) könnten Ausbaumaßnahmen für den Unterhalt der Fahrinne notwendig werden. Durch eine Vertiefung der Gewässersohle werden jedoch Fluss und Aue zunehmend voneinander getrennt, d.h. wenn der Grundwasserspiegel sinkt, fallen Altarme

und Feuchtwiesen, insbes. bei geringem Niederschlag, öfter trocken. Häufiges Aufwirbeln von Schlamm am Gewässergrund durch die Schiffschrauben bewirkt, dass sich das Kieslückensystem zusetzt und damit der Lebensraum für Muscheln, Schnecken, Krebse und Wasserkäfer vernichtet wird. Die großen Ausflugsdampfer haben eine erhebliche Scheuchwirkung auf Brutvögel, sowie Zug- und Rastvögel im FFH-Gebiet (Motorengeräusch, Lautsprecheransagen, Musik, Lärm von bis zu 200 Personen pro Fahrgastschiff). Wasservögel, wie Enten und Taucher, werden bei jeder Durchfahrt aufgescheucht, so dass sich langfristig nur Allerweltsarten (Stockente und Blässhuhn) halten. Schon vorbeifahrende Kanus vertreiben, brütende Vögel von ihren Nestern und vertreiben Nahrung suchende Ufervögel wie Reiher oder Limikolen.

Durch die Fahrgastschifffahrt gibt es zusätzlichen Besucherandrang in diesem sensiblen Gebiet, in dem der Freizeitdruck schon jetzt enorm ist. Die nötige Infrastruktur (Anleger, zusätzliche Parkplätze) zerstört die Landschaft und entwertet das FFH-Gebiet, wodurch der Schutzzweck zunichte gemacht würde. In einem Genehmigungsverfahren, in dem es in erster Linie um wirtschaftliche Zwecke – um die Vermarktung des Ruhrtals – geht, muss der Erhalt der wertvollen Naturausstattung eines FFH-Gebiets von europäischer Bedeutung im Vordergrund stehen.

Die Ausweitung der Fahrgastschifffahrt ist unvereinbar mit dem Verschlechterungsverbot gem. Art. 6 (2) der FFH-Richtlinie, da zum Zeitpunkt der Unterschutzstellung und Ausweisung der Heisinger Aue als FFH-Gebiet in diesem Flussabschnitt keine Ausflugschiffe verkehrten (Nutzungsintensivierung!). Aufgrund der Sicherungspflicht für den Schifffahrtsbetrieb werden Uferbefestigungen und Unterhaltsbaggerungen notwendig, die dem Entwicklungsziel einer ökologischen Gewässerunterhaltung gem. Art. 4 (1) der Wasserrahmenrichtlinie entgegenstehen.

Lars Kramm

Die **Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie**, kurz **FFH-Richtlinie**, ist eine Naturschutz-Richtlinie der Europäischen Union, die 1992 beschlossen wurde.

INFO-KASTEN zur Schifffahrt auf der Ruhr:

Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Essen Sitzung am 24.04.2006, TOP 8

„...Der Beirat lehnt die Erweiterung der Fahrgastschifffahrt auf der Ruhr ab.

Angesichts der defizitären Wirtschaftslage der Weissen Flotte wird bezweifelt, dass der erwartete Zuwachs an Fahrgästen von 15 - 20 % (bei Investitionskosten von rund 1 Mio € für die Erweiterung der Strecke, lt. Machbarkeitsstudie) ausreicht, um die Weisse Flotte aus der Verlustzone zu bringen. Sollte das Vorhaben weiter verfolgt werden, dann nur unter Begleitung des Beirats und Würdigung der Belange des Naturschutzes. Notwendige Voraussetzungen dafür sind:

- **Keine Anlegestellen im FFH-Gebiet**

- **Änderung der Ruhrschifffahrtsverordnung im FFH-Gebiet**

Keine privaten Motorboote und kein kommerzieller Kanubetrieb, nur noch öffentliche Personenschifffahrt zulassen mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf 6 km/h.

Seit Jahren werden im FFH-Gebiet Geschwindigkeitsüberschreitungen durch private Motorboote und das Eindringen von Booten ins Schutzgebiet, Lagern am Ufer und auf den Inseln beklagt, insbes. an den Wochenenden. Eine Kontrolle durch die Wasserschutzpolizei (WSP) ist nicht mehr möglich, seit das Boot der WSP im Essener Hafen liegt und 8 Std. benötigen würde, bis es vor Ort wäre. Das Boot des Staatlichen Umweltamtes Duisburg (StUA) ist nur wochentags von 8 - 16 h im Einsatz.

Max. 2 Hin- und Rückfahrten pro Verkehrstag

Ohne laute Musik an Bord und Lärm beim Durchfahren der sensiblen Gebiete.

Keine intensivierete Gewässernutzung

Kein Ausbaggern der Fahrrinne, nur Boote mit max. Tiefgang von 1 m zulassen, statt Schiffschraube: Pumpjet-, Wasserstrahl- oder Kugeltrieb.

Keine Emissionen - nur Schiffe mit Solarantrieb oder Brennstoffzelle

Beschilderung des FFH-Gebiets von der Flussseite aus, um das Eindringen von Booten in die sensiblen Bereiche zu verhindern – Anlegeverbot für Kanus, Ruderboote und Surfer. Kontrolle sicherstellen!“

Sparkasse: immer nah –immer da?

Sparkassen sind für alle da- aber wie lange noch? Die Landesregierung des selbsternannten Arbeiterführers Rüttgers will die gesetzlichen Grundlagen für die Sparkassen in NRW verschlechtern. Sie leitet damit die Privatisierung der gemeinnützigen Sparkasse ein. Privat vor Staat ist das Motto von CDU und FDP während GRÜNE an Gemeinnutz vor Eigenutz festhalten!

Geplant ist, die Gemeinwohlorientierung der Sparkassen aufzuheben. Bisher müssen Sparkassen als öffentlich –rechtliche Kreditinstitute ihre Überschüsse gemeinnützig verwenden.

Sie werden für soziale Projekte oder für Aufgaben der Kommune aufgewendet. Viele Institutionen, Vereine, Kultur und Sport wären die Leidtragenden, wenn diese Zuschüsse künftig wegfielen.

Außerdem sollen die Sparkassen nach den Willen der Regierungsparteien im Lande Stammkapital bilden und Rendite erwirtschaften. Die Folge: Künftig müssten die Sparkassen Kunden und Unternehmen daran messen, ob sich die Kontoverbindung mit ihnen lohnt.

GRÜNE meinen: die bewährten deutschen Sparkassen müssen erhalten bleiben. Sie garantieren

einen flächendeckenden Zugang zu Finanzdienstleistungen auch für sozial Schwächere. Zusätzlich sind sie für die Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen vor Ort eine wichtige Triebfeder der regionalen Wirtschaft.

Darum Hände weg von unseren Sparkassen!

Durch Privatisierung und Aufgabe der regionalen Nähe vernichtet man nicht nur Arbeitsplätze, auch dem sozialen Miteinander in unserer Stadt, zu dem Vereine und Initiativen einen wertvollen Beitrag leisten, würde erheblicher Schaden zugefügt.

GRÜNE haben sich deshalb am 3. 2. in Essen wie in anderen Städten NRW am Aktionstag von VERDI für den Erhalt der Sparkassen beteiligt und rufen dazu auf, sich für den Erhalt

der wohnortnahen Sparkassen einzusetzen. Erinnerung sei nur an die Deutsche Bank: auf der einen Seite Höchstgewinne, auf der anderen Seite Filialschließungen und Entlassungen, damit die Dividende noch weiter steigt. Die Deutsche Bank sowie vergleichbare Banken haben keinerlei Interesse an Kunden, wie Kleinrentnern, Arbeitslosengelempfängern, SozialhilfeempfängerInnen. Eine privatisierte Sparkasse könnte ähnlich handeln. Die Entwicklung in eine solche Richtung gilt es frühzeitig zu stoppen.

PS.: Die Förderer des Bürgerbegehrens gegen jegliche Privatisierung in Essen von PDS und DKP mit dem vereinnahmenden Titel „Essen unserer“ nahmen am Protest nicht teil.

Landesvorstand der GRÜNEN NRW/ J. Drell

Bürgerbegehren? Masterplan - Sparzwang – Realitäten!

Als im Regattahaus eine Bojenkette zur Abmarkierung der Bahnen im Wert von 50 000 Euro gestohlen wurde, waren die Wettkämpfe auf dem Baldeneysee gefährdet. Aus dem Nothaushalt war ein Neukauf nicht zu finanzieren, ließ die Stadtverwaltung verlauten. Nun sprang die Krupp-Stiftung in die Bresche. Danach folgte die Hiobsbotschaft zum Rütten-scheider Hallenbad. Aufgrund der Überprüfung der Dachkonstruktion sind längere Schließung (6 Monate ca.) und Reparatur dringend notwendig, deren Ausmaß – es geht um mindestens 2 Millionen- noch nicht absehbar ist. Glück im Unglück für die BenutzerInnen dieses Bades: Es ist das wichtigste Hallenbad in Essen! Deshalb wird die Stadt alles unternehmen, um die Reparatur zu ermöglichen und aufgrund der räumlichen Lage gegenüber der Aufsichtsbehörde nachzuweisen, dass eine Verlagerung an andere Orte nicht ohne weiteres darstellbar ist. Dies gilt für die anderen Bäder nicht. Wäre auch nur eine kleinere Reparatur in irgendeinem anderen Bad fällig, hätte man es womöglich einfach für immer schließen müssen, da die Stadt gegenüber dem Regierungspräsidenten nicht in der Lage sein wird, nachzuweisen, dass ein weiterer Betrieb für Essen unbedingt

erforderlich ist. Es gibt in Essen im Grundsatz nämlich mehr als ausreichend Platz, um die Bedürfnisse des Schul- und Vereinssports abzudecken.

Soll sich die Stadt dem Zufall ausliefern?

Dann geht allerdings eine sehr unbequeme und für alle Beteiligten unzumutbare Maschinerie los. Neue Belegungszeiten in anderen Bädern müssen gefunden werden. In der Kürze der Zeit kann man weder planen noch besondere Wünsche oder Notwendigkeiten berücksichtigen. Es wird nicht abgewogen, wer weitere Wege hat, sozial benachteiligt ist oder ob nicht die Investition in ein anderes Bad die sinnvollere Alternative wäre. Es wird schlicht nach Kapazität in die nächst gelegenen Möglichkeiten verlagert und alle Beteiligten dürften mindestens mittelfristig mehr als unzufrieden sein. Letztlich wäre dies die Kapitulation der Politik vor der Realität und würde ihre völlige Handlungsunfähigkeit und ihren Handlungsunwillen dokumentieren. Nicht die transparente und nachvollziehbare politische Entscheidung bestimmt dann die Zukunft der Bäder sondern der technische Befund eines Hausmeisters oder der Ordnungsbehörden. Soll die Stadt solchen Zufälligkeiten hilflos ausgeliefert sein oder wollen

wir eine Stadt, die in der Lage ist, mit solchen Unbilden finanziell fertig zu werden?

Langfristige Haushaltskonsolidierung unumgänglich

Beide Ereignisse zeigen die Dringlichkeit von Sparmaßnahmen im Sporthaushalt der Stadt wie anderswo auf. Die Stadt muss in der Lage sein, ihre Sportstätten auch zu unterhalten und zu reparieren. Das kann eine Stadt mit Nothaushalt und mit 2,2 Milliarden Euro Verbindlichkeiten nur noch sehr bedingt. Das Nothaushaltsrecht zwingt die Stadt nicht nur dazu nach Einsparmöglichkeiten zu suchen sondern auch dazu jede Investition und Unterhaltungsmaßnahme gegenüber der Bezirksregierung zu rechtfertigen.

Pro Jahr werden weitere Schulden gemacht, weil die Stadt mehr ausgibt als einnimmt. Deshalb hat es politisch eine hohe Priorität, diese Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schließen, damit die Stadt nicht vollends handlungsunfähig wird. Das heißt sinnvolles Konsolidieren in allen Bereichen!

Bürgerbegehren schadet der Zukunft des Sports

Wer wie die Betreiber des Bürgerbegehrens einfach weiter so machen will wie bisher und alle Sportstätten erhalten will, erreicht letztlich das Gegenteil von dem was er will. Der Stadt bleibt kein finanzieller Spielraum zum Unterhalt und zur sinnvollen Veränderung und Attraktivierung ihrer Sportinfrastruktur. Zumal Essen eine schrumpfende Stadt ist. Deshalb ist auch im Bereich der Sportplätze wie bei Grundschulen und Kirchen ein maßvoller Rückbau der Infrastruktur erforderlich. Einwohnerzahlen sinken seit den 70 er Jahren, Schülerzahlen sinken rapide und das Sportverhalten hat sich ebenfalls deutlich zu einem mehr Vereinsungebundenen Sport hin verändert– aber die Zahl der Sportstätten und insbesondere der zahlreich vorhandenen Fußballplätze soll konstant bleiben?

Masterplan und Wackelkandidat SPD

Es ist daher ein Verdienst des Masterplans, erstmals systematisch aufzuzeigen, welcher

Investitionsbedarf bei den Sportanlagen in Essen insgesamt besteht und wie er vor dem Hintergrund einer schwierigen Haushaltssituation in Zukunft finanziert werden kann. Auch die SPD hat die Sparlinie für den Sportbereich mitgeschlossen. Insofern verwundert es sehr, dass Partei- und Fraktionsspitze sich in ihren Stellungnahmen immer wieder widersprechen, denn wer den Masterplan ablehnt, muss sagen wie er sonst konsolidieren will – und da lässt Herr Hilser Herrn Paß ziemlich allein. Insofern kann man dem SPD-Vorsitzenden und den Betreibern des Bürgerbegehrens nur ein geringes Verständnis entgegenbringen. Sie verteidigen das Vertraute. Mit dem Masterplan wird nicht die Existenz des Fußballs aufs Spiel gesetzt, sondern erstmals ein Weg aufgezeigt, wie überhaupt die Infrastruktur im Sport noch vernünftig betrieben werden kann. Gleichzeitig gilt es Spielraum zu schaffen, um sich neuen Aufgaben zuzuwenden. Vorhandene Anlagen werden erst geschlossen, wenn für den jeweiligen Verein ein Umzugskonzept vorliegt, das nachweist, dass die Fortführung des Sportbetriebs möglich ist. Dabei sind auch die Kooperationen mit gemeinnützigen und kommerziellen Dritten sinnvoll und erforderlich. Das Bürgerbegehren würde verhindern, dass der erfolgreiche Essener Weg der eigenverantwortlichen Nutzung ausgebaut und Modelle der Übernahme durch Private verhindert werden. Die Stadt müsste zum Beispiel das Stadion von RWE weiter betreiben und dürfte es nicht- wie bisher geplant – in eine private GmbH ohne städtische Zuschüsse überführen.

Nein zum Bürgerbegehren

Deshalb ist unsere Konsequenz klar und eindeutig: Wir als GRÜNE stehen gegen das Bürgerbegehren und werden dies auch beim kommenden Bürgerentscheid im August deutlich machen.

J. Drell/M. Mostofizadeh

Diskussion: Sparen im Kulturbereich, aber wo?

Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung diskutierten GRÜNE über Einsparmöglichkeiten im Kulturbereich. Unter der Vorgabe, alle Bereiche des Stadthaushalts auf Einsparungen hin zu untersuchen, war GRÜNEN dies nach den Beschlüssen zu Einsparungen im Sportbereich vordringlich.

Anlass der Thematisierung ist der Druck durch das Bürgerbegehren zum Masterplan Sport, auch im Kulturbereich zu sparen wie unser Selbstverständnis, sozial gerecht sparen zu wollen. Falsch ist die Behauptung, dass im Kulturbereich nicht gespart wird. Im Geschäftsbereich 4 (Kultur/Scheytt) wurden die Sparvorgaben bei Breitenkultur, freier Kultur und Bildung umgesetzt. Das Problem sind Philharmonie, Theater, Oper und Ballett, die Museen sowie die vielen Sonderausgaben (Zollverein, Ballett II – Pakt-, Ruhmuseum, Neubau Folkwangmuseum, Haus der Geschichte, Kulturhauptstadt usw.).

Die Ausgangslage

Der Kulturetat an sich ist mit seinem Anteil am Haushalt von 4,3% oder 97 Mio. Euro im Vergleich zu anderen Städten mit vergleichbaren EinwohnerInnenzahlen unterdurchschnittlich. Deshalb hat es früher auch Forderungen insbesondere aus der freien Kulturszene gegeben, den Kulturetat insgesamt zu erhöhen. Innerhalb des Kulturetats verbraucht die Theater und Philharmonie GmbH (TUP) 47,2% oder 46 Mio. Euro. Fraglich ist für GRÜNE, ob bei der „Hochkultur“/TUP genug gespart wird. Im Bereich VHS und Bibliotheken usw. sehen die GRÜNEN keine weiteren Einsparmöglichkeiten nach den bereits vorgenommenen zweimaligen Ausdünnungen insbesondere bei den Bibliotheken. Auch das städtische Personal im Kulturbereich ist bereits sehr knapp bemessen.

Ein weiteres Problem sind die Investitionen in die kulturelle Infrastruktur der Stadt (Ruhrlanmuseum - Zollverein, Saalbau), die die Stadtfinanzen extrem belasten, aber nicht im Kulturetat veranschlagt werden. Hier haben GRÜNE und CDU erstmals die Mehrkosten für

das Ruhrlanmuseum reduziert (Ratsitzung im November). Das Folkwangmuseum wird aufgrund der ablehnenden Haltung der Stadt mit den Geldern der Krupp-Stiftung neugebaut (55 Mio.) Fraglich ist auch noch die Finanzierung des städtischen Anteils an den 50 Millionen Ausgaben für die Kulturhauptstadt in Höhe von 6 Millionen Euro.

Immerhin wurde der TUP-Etat nicht zuletzt aufgrund unseres Drängens jetzt gedeckelt. Wir sind uns sicher, dass wir zusammen mit der CDU auch für die Einhaltung dieser Deckelung sorgen werden. Früher war es dagegen üblich, höhere Ausgaben der TUP per Verlustausgleich im nachhinein hinzunehmen. GRÜNE sind sich einig, dass bei der TUP noch weitere Sparanstrengungen unternommen werden müssen.

Spartenschießung oder Kürzung des TUP-Etats?

Auf diese Frage spitzte sich die Diskussion zu. Die Schließung einer Sparte lehnten einige vehement ab. Eine Schließung des Aalto-Ballett, das mit 1,7 Mio. Euro der geringste Kostenfaktor in der TUP ist, wäre nur ein Bauernopfer. Im Übrigen sei durch die bestehenden Verträge die Schließung einer Sparte nur per Auslaufmodell machbar. Kooperationen in diesem Bereich seien schwierig. Außerdem sei Essen Tanzstadt und das Aalto-Ballett eine unverzichtbare Kultureinrichtung. Sparen sei auch insofern schwierig, weil 77% der Ausgaben der TUP Personalausgaben seien, wobei seit 1994 bei der TUP 136 Stellen abgebaut wurden. Ein Problem beim Sparen seien auch die Tarifierhöhungen. 1% mehr würden 400 000 Euro Mehrausgaben bedeuten. Andere DiskussionsteilnehmerInnen konnten sich erhöhte Eintrittspreise für bestimmte Vorstellungen und Plätze vorstellen. Außerdem gab es den Vorstoß, sich für die Schließung des Theaters einzusetzen und eine Bespielung durch eingekaufte Aufführungen a la Mülheim einzuführen und so auf ein eigenes Ensemble im Schauspiel zu verzichten. Einige betonten, in der Ruhrstadt müsse nicht jede Stadt bzw. nicht Essen innerhalb ihrer Stadtgrenzen jedes Kulturangebot vorhalten Es

gab aber auch Bedenken überhaupt im Kulturbereich zu sparen.

- Der Vorschlag der GRÜNEN Fraktion, den TUP-Etat um 10% zu kürzen, stieß in der Mitgliederversammlung jedenfalls auf Unterstützung. Auch der Vorschlag, durch ein Gutachten (in Arbeit) Einsparpotentiale bei der TUP zu ermitteln, wurde begrüßt.

- die Kürzung im Kulturretat aus Gerechtigkeitsgründen: wir müssen angesichts der Haushaltslage der Stadt überall kürzen
Am Ende blieb die 10%-Forderung als konsensfähig und unumkämpft stehen, nur hinterfragt nach ihrer möglichen Konkretisierung. Die MV machte deutlich, wir arbeiten am Thema.

J. Drell

GRÜNE unterstützen Protest gegen Müllverbrennung der Fa. Harmuth

Zur geplanten Müllverbrennungsanlage im Econova-Gelände erklären die GRÜNEN Bezirksvertreter in der BV IV, Bernd Vornefeld und Dr. Thorsten Drewes: „Schon heute ist die Bevölkerung im Essener Nordwesten durch den Lieferverkehr von und zum Econova-Gelände stark belastet. Die geplante Verbrennungsanlage wird diese Belastung weiter erhöhen, selbst wenn die Anlage selbst die gesetzlichen Grenzwerte einhalten sollte. Die Verwaltung muss daher zügig handeln und endlich alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um die Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren durch Luftverschmutzung, Feinstaub und Lärm zu schützen. Ein erster wichtiger Schritt wäre hier das bereits vor Monaten von der Bezirksvertretung geforderte Verkehrskonzept, das die umliegenden Stadtteile vom LKW-Verkehr entlasten soll. Wenn die Verwaltung hier nicht umgehend etwas vorlegt, werden wir in der Bezirksvertretung an Durchfahrtsbeschränkungen für besonders belastete Straßen mitwirken.“

Thorsten Drewes

GRÜNE besuchen Alte Schmiede in Borbeck „Gutes Konzept und beste Bedingungen“

Fehlende Ausbildungsplätze, Warteschleifen von mehreren Jahren, deren Ergebnis unstete Erwerbsbiografien sind – dies sind die dringendsten Probleme der Jugendlichen heutzutage. Gerade jungen Menschen mit sozialen Problemen und ohne Schulabschluss wird somit ein selbstbestimmtes Leben jenseits von staatlichen Transferleistungen verwehrt. Diesem Problemfeld hat sich die Alte Schmiede in Essen-Borbeck verschrieben. Die gemeinnützige Einrichtung wurde im Sommer 2003 als typenfreie Kfz-Werkstatt gegründet und verhilft seitdem benachteiligten Jugendlichen, deren Leben bisher durch Drogensucht, Kriminalität oder Bildungsarmut gekennzeichnet war, zu einem Ausbildungsplatz. Eingebunden in ein sozialpädagogisches Konzept und durch die Unterstützung dreier Kfz-Meister wird den Jugendlichen hier eine Chance eröffnet, die sie in

konventionellen Ausbildungsbetrieben wohl nicht erhalten hätten.

Um sich über das Konzept der Alten Schmiede und die Arbeitsbedingungen der Auszubildenden zu informieren, besuchten MdB Kai Gehring, Jugend- und hochschulpolitischer Sprecher der Grünen Bundestagsfraktion, der Grüne Bürgermeister Rolf Fliß, das Grüne Vorstandsmitglied Lars Kramm die Werkstatt in Borbeck – und waren nachhaltig beeindruckt.

Der ehrenamtliche Geschäftsführer der Alten Schmiede, Robert Bosch, empfing die Grüne Delegation und erläuterte den Anwesenden die Idee hinter der Einrichtung. „Im Gegensatz zu anderen Ausbildungsbetrieben achten wir in der Alten Schmiede nicht nur auf Einstellungstest und Schulnoten, sondern schauen uns auch die soziale Biografie der Jugendlichen an“, so Bosch. Für den Grünen Abgeordneten Gehring sollte

dies auch in anderen Betrieben zur Regel werden: „Schlechte Schulnoten sind nicht grundsätzlich das Ergebnis von Faulheit und Desinteresse. Häufig sind es auch Probleme privater Natur, wie z.B. Gewalt innerhalb der Familie, die die schulische Leistung beeinflussen und demotivierend wirken. Hier sollte verstärkt angesetzt werden.“

Nach dem abschließenden Rundgang durch die Werkstatt stand für Kai Gehring fest: „Neben dem tollen Konzept und den hervorragenden Arbeitsbedingungen ist es vor allem das soziale und ehrenamtliche Engagement der Verantwortlichen, welches mich begeistert und

zu dessen Unterstützung ich aufrufen möchte.“ „Mit jedem Reparaturauftrag kann man so eine Einrichtung unterstützen, die benachteiligten jungen Menschen eine Zukunftsperspektive eröffnet“, so der Grüne MdB. Angefangen von Lack- und Karoserieschäden, über normale Wartungs- und Reparaturarbeiten bis zur TÜV-Untersuchung kann die Alte Schmiede bei jedem Kfz-Problem Abhilfe schaffen.

Infos zur Alten Schmiede lassen sich im Internet finden: www.alte-schmiede-essen.de

J. Miebach

Obst und Gemüse:

Greenpeace-Untersuchung zeigt großes Gefälle bei Pestizidbelastung

Beim jüngsten Greenpeace-Test waren zehn Prozent der Obst- und Gemüseproben der führenden deutschen Supermärkte mehr als gesetzlich erlaubt mit Pestiziden belastet. „Die Greenpeace-Untersuchung belegt, dass es immer noch Supermarkt-Ketten gibt, denen die Gesundheit ihrer Kunden nicht allzu wichtig zu sein scheint“, erklärt der Landesvorsitzende der GRÜNEN NRW Arndt Klocke zur den vorgestellten Ergebnissen der Pestizidbelastung von Obst und Gemüse in Supermärkten. „Das renommierte Supermarktketten (Kaiser's/Tengelmann, Edeka und Rewe) dabei deutlich hinter Discounter zurückfallen, spricht für sich. Und wenn es dann noch heißt, dass vor allem Kopfsalat und Trauben so hoch belastet sind, dass deren Verzehr die Gesundheit von Kindern gefährden kann, dann ist das verantwortungslos. Die GRÜNEN NRW appellieren an die Unternehmen, dafür Sorge zu tragen, dass unbedenkliche und unbelastete Ware in ihren Supermärkten angeboten wird. Zu diesem Zweck verlangen wir eine Selbstverpflichtung der Lebensmittelunternehmen. Zum anderen müssen aber auch die Verbraucherminister in Bund und Land aktiv werden, die von Greenpeace angeprangerten Missstände zu beseitigen und die Lebensmittelkontrollen zu intensivieren.“

GRÜNE NRW

Impressum Newsletter

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/ Kreisverband Essen
Limbecker Str. 48-50/ 45127 Essen
Tel.:0201- 24764-33
e-mail: Kreisverband@gruene-essen.de
V.i.S.d.P. und Redaktion: F. Yaldizli/ J. Drell

Blockade gefährdet wirksames Bleiberecht

Innenminister Wolfs Blockadehaltung gefährdet eine wirksame Bleiberechtsregelung. Es braucht eine gesetzliche Regelung, damit Bleiberecht endlich vernünftig gestaltet werden kann. Schon jetzt ist in etlichen Regionen NRWs ein Teufelskreis gang und gäbe: Die ARGE erteilt ohne geregelten Aufenthaltsstatus keine Arbeitserlaubnis, und die Ausländerbehörde erteilt ohne Arbeitserlaubnis kein or-

dentliches Bleiberecht. Und was tut IM Wolf? Er blockiert die vernünftige Bundeslösung und erledigt das Problem auf seine Weise, indem er schnell noch möglichst viele Familien, und das teilweise auf brutale Art und Weise, abschiebt.

Fakt ist doch: Die derzeitige Situation auf dem Arbeitsmarkt macht es selbst Deutschen mit gutem Bildungsabschluss schwer, innerhalb eines halben Jahres eine Vollbeschäftigung zu bekommen. Es ist mehr als unrealistisch, dies nun von den Geduldeten zu verlangen.

Es geht nicht um Zuwanderung in unsere Sozialsysteme, wie IM Wolf (FDP) behauptet. Es geht lediglich um eine faire Chance für die integrierten Geduldeten, in einem angemessenen Zeitraum wirtschaftlich unabhängig zu werden. Und die blockiert der knallharte NRW-Innenminister im Schulterchluss mit den CDU-Hardlinern aus Niedersachsen und Bayern.

Wenn wir für die ca. 60.000 Geduldeten in NRW eine wirksame Lösung wollen, brauchen wir dringend eine gesetzliche Regelung, die diesen Menschen eine zusätzliche Chance gibt."

M. Düker MdL

Innenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion

Kai's Brief aus Berlin

Liebe Freundinnen und Freunde,

Am Valentinstag (14.02.) machte die **Grüne Integrationstour** Station in Essen – eine Tour, bei der die Bundestagsfraktion 25 Städten und über 50 vorbildliche Projekt und Einrichtungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten besucht.

Anlass für die **Grüne Integrationstour** ist die Weiterentwicklung unser Integrationspolitik: Mit dem neuen grünen Integrationsvertrag und -fahrplan arbeiten wir heraus, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer von Beginn an als künftige Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wahrgenommen werden sollen. Das heißt: Wir wollen gleiche Rechte und Pflichten, eine Politik der Anerkennung, mehr Einbürgerungen und eine höhere Identifikation der Zugewanderten mit dieser Gesellschaft und diesem Staat. Es geht darum, die Potenziale der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund wertzuschätzen und zugleich ihnen und der Gesellschaft große Integrationsanstrengungen abzuverlangen – das ist Kern des neuen gesellschaftlichen Integrationsvertrages. Integrationshemmnisse sind daher zu beseitigen. Ein umfassendes Angebot von Integrationsmaßnahmen für mehr Teilhabechancen soll Zugewanderten ermöglichen, sich unserer Gesellschaft stärker zu öffnen.

Integration findet vor allem vor Ort statt: Daher haben wir uns u.a. in Essen umgesehen – in unserer Stadt, die auch dank grüner Kommunalpolitik bundesweit als Vorbild für gelingende Integration gilt. Wir haben uns mit Verantwortlichen von Einrichtungen ausgetauscht, die für ihre innovativen Arbeitsmethoden und Integrationskonzepte prämiert wurden. Unsere grüne Delegation bestand aus der migrationspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion Monika Düker, unserem Bürgermeister Rolf Fliß, etappenweise dem Vorsitzenden des Integrationsausschusses Burak Copur, dem Integrationsreferenten der Bundestagsfraktion, Mark Holzberger, und meinem Wahlkreismitarbeiter Jan Miebach. Kommune, Bund und Land also Hand in Hand.

Erste Station war das **Kinder- und Familienzentrum „Blauer Elefant Zollverein“** in Essen-Katernberg. Warum der „Blaue Elefant“ als Best-Practice-Einrichtung vom Land ausgezeichnet wurde, machte uns die Leiterin der Einrichtung, Annette Müller, anhand von Praxisbeispielen und dem pädagogischen Konzept des „Blauen Elefanten“ deutlich. Dieses beinhaltet sowohl eine Kindertagesstätte, einen Kinder- und Jugendtreff, einen pädagogischen Mittagstisch (Projekt „Lernen wie man lernt“), als auch eine Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und deren Eltern. Unterstützt wird die

Einrichtung von einem Netzwerk zahlreicher Kooperationspartnern. Der Grundsatz des „Blauen Elefanten“ sei, so Frau Müller, „viele **Hilfen aus einer Hand** anzubieten – und vor allem: jedes Kind mitzunehmen“ – nur so könne flexibel und bedarfsorientiert auf die spezifische Situation der Kinder und der Erziehenden reagiert werden. Beindruckend war das umfassende Angebot für Eltern sowie das interkulturelle Erzieherinnenteam. Nach dem abschließenden Rundgang durch die Räumlichkeiten war uns klar: innovatives Konzept, tolles Team und sehr gute Ausstattung – definitiv zur Nachahmung empfohlen.

Vom „Blauen Elefanten“ ging zum nächsten Termin beim „**Jugendhilfe-Netzwerk-Katernberg**“ unter dem Dach der AWO. Dort wurden wir vom Leiter des Netzwerkes, Thomas Rüth, dem Leiter der Polizeiwache Nord-Ost, Frank Matuschek, dem Imam der Katernberger Moschee, Halit Pismek, sowie von weiteren lokalen Akteuren empfangen. In einer knapp zweistündigen Diskussion wurde uns das Konzept des 1996 gegründeten „Jugendhilfe-Netzwerk-Katernberg“ sowie der erfolgreichen Ordnungspartnerschaft näher gebracht. Neben der Polizei, verschiedenen Sozialeinrichtungen, dem Jugendamt, der Kirchen, Schulen und Kindergärten brachten sich im Laufe der Jahre insbesondere die Vorbeter der islamischen Gemeinden in das Netzwerk ein. Ziel des Projektes war es, die Jugendgewaltkriminalität abzusenken – die Kriminalitätsstatistik in Katernberg zeichnete hierzu in den 90er Jahren ein düsteres Bild. Doch dank der neuen ausgeprägten **Kultur der Kooperation** konnte die Straßenkriminalität bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich reduziert werden. Ein voller Erfolg, der nur durch den Dialog der Kulturen und das zivilgesellschaftliche Engagement der Netzwerkpartner zustande kommen konnte.

Mit diesen Eindrücken im Hinterkopf ging es dann zur letzten Station der Essener Integrationstour – zur **RAA, der Regionalen Arbeitsstelle** zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien. Dort trafen wir auf den pädagogischen Leiter der RAA, Helmuth Schweitzer. Nach der thematischen Einführung in die Arbeit der RAA folgte eine intensive Diskussion über die lokalen „Integrationsbaustellen“, die Herausforderungen im Bildungssystem („Integration durch Bildung“), Sprachförderung und Sprachstandserhebungen sowie über aktuelle Fragen zum Thema Bleiberecht. Auch hier konnten wir für unsere Arbeit in Bundes- und Landtag sowie im Stadtrat wichtige Impulse sammeln.

Insgesamt lässt sich die Grüne Integrationstour in Essen als Erfolg werten. Denn nur so, durch den Dialog mit den haupt- und ehrenamtlichen Praktikern vor Ort, lassen sich wertvolle Erkenntnisse für eine zukunftsfähige Gestaltung grüner Politik sammeln. **Integration gelingt**, wenn hart entlang der Realität im gemeinsamen Schulterschluss dafür gearbeitet wird – mit klarem **sozialräumlichen Stadtteilbezug**, mit Akteuren, die neue Lösungen anstoßen und eng kooperieren. Und: Unsere Einwanderungsgesellschaft kann nur gelingen, wenn sich die aufnehmende Gesellschaft sowie die hier lebenden Migrantinnen und Migranten um Integration bemühen und alle ihren Teil zum Gelingen beitragen.

In diesem Sinne, herzliche Grüße von mir,
:> Kai (Kai Gehring,MdB)

Tipps und Termine

Demonstration "Hände weg von den kommunalen Unternehmen" **am 7.3.2007 vor dem Landtag**

Die Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung, wie sie die Landesregierung mit der neuen Gemeindeordnung plant, wird insbesondere die kommunalen Stadtwerke im Wettbewerb mit den Oligopolen stark behindern. Außerdem droht der Einstig in die Privatisierung der Sparkassen (siehe Artikel

in dieser Ausgabe) die Gewerkschaft Verdi, die kommunalen Unternehmen und andere rufen zu dieser Demonstration in Düsseldorf auf. Grüne unterstützen die Aktion und beteiligen sich. Mensch trifft sich ab 10.00 Uhr an den Sammelpunkten Friedrich –Ebert Str. (nahe HBF) und Josef Beuys Ufer. Von dort ziehen die Demonstrationzüge zum Landtag, wo von 12.00 – 14.00 Uhr eine Kundgebung vor der Staatskanzlei stattfindet.

Buchtip: Kommunal Politik machen: Grundlagen, Hilfen, Tipps für die Praxis; Rita A. Herrmann/ Gerald Munier (Hg.)

Bielefeld 2007 2. überarbeitete Auflage, 176 Seiten

Preis: 10 Euro plus 2,30 Euro Versandkosten

Erfahrungen von fast 30 Jahren Grün-Alternativer Kommunalpolitik sind in dieses Standardwerk eingeflossen! Weitere Infos und das Inhaltsverzeichnis sind unter <http://www.basis.gruene.de/akp-redaktion/buecher/KPM.htm> zu finden.

Bezug: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, akp@akp-redaktion.de

Neue Publikationen der GRÜNEN Bundestagsfraktion

- 16/29 2° Klimaschutz jetzt!
- 16/31 Extrem gegen Rechts
- 16/35 Fair P(I)ay im Praktikum
- 16/39 GRÜN leben Nachhaltiger Konsum –Lebensstil mit Zukunft
- 16/36 Europas Chancen nutzen – Anforderungen an die deutsche EU- Präsidentschaft
- 16/12 Kinder in den Mittelpunkt
- 16/12 Über Gebühr- eine Mediengebühr für alles
- 16/20 Was wird hier gespielt? Leitfaden für Computerspiele

Bestellung über Bundestagsfraktion-Versand, Fax 030-227 56566,
versand@gruene-bundestag.de

| WANN | | | WO | WAS |
|-------|----|-----------------|-------------|--|
| 26.2. | Mo | 20.00 | Lichtburg | Der Benefiz-Abend „Künstlerinnen für das Filmstudio“ mit zahlreichen KünstlerInnen Eintritt 10,- Euro +x für das Filmstudio |
| 27.2. | Di | 17.00 | Düsseldorf | Im Jahr nach Tass 2: Mehr Müllverbrennung? Königsweg Ersatzbrennstoffe? GRÜNE Landtagsfraktion |
| 28.2. | Mi | 15.00 | Rathaus | Ratssitzung |
| 02.3. | Fr | 18.00- 21.30 | Zollverein | Podiumsgespräch „Kultur als Integrationsfaktor“ mit GRÜNEN |
| 07.3. | Fr | 10./11. 00 | Düsseldorf | „Hände weg von den Kommunalen Unternehmen!“ – Demonstration von Verdi u. a. Treffpunkt Friedr.-Ebert-Str (HBF)Kundgebung am Landtag ab 12.00 Uhr |
| 07.3. | Mi | 19.00 | Frohnhausen | Stammtisch der GRÜNEN E-West im „jetzt & hier“, Lüneburger Str. 40 |

Kreisverband Essen

| | | | | |
|-------|----|---------|---------------|---|
| 07.3. | Mi | 19.00 | Altenessen | Bl „Stoppt A 52“ trifft sich in der evangelischen Gemeinde, Hövelstr. 73 |
| 07.3. | Mi | 20.00 | Steele | Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfahlenstr. 298 |
| 07.3. | Mi | 20.00 | Rüttenscheid | GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum |
| 08.3. | Do | 20.00 | Borbeck | GRÜNER Treff in Borbeck im Wirtshaus, Germaniastr. 230 |
| 12.3. | Mo | 20.00 | Wasserturm | Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Huttrop Gaststätte Michelshof, Steubenstr. 61 |
| 13.3. | Di | 20.00 | Limbecker Str | Verkehrs AK der GRÜNEN |
| 14.3. | Mi | 17.00 | Heisingen | Besichtigung der Kläranlage Süd – Treffpunkt Wuppertaler Str. – GRÜNE mit Rolf Fliß |
| 16.3. | Fr | | | LAG Soziales der GRÜNEN NRW |
| 18.3. | So | 11.00 ? | Saalbau | LPR der GRÜNEN NRW |
| 19.3. | Mo | 19.30 | Zeche Carl | Stammtisch der GRÜNEN Nord |
| 21.3. | Mi | 19.00 | Rathaus | MV der GRÜNEN |
| 28.3. | Mi | 19.00 | Rathaus | Ratssitzung |
| 29.3. | Do | 20.00 | Werden | GRÜNER Treff in den Domstuben, Brückstraße |
| 30.3. | Fr | 19.30 | Ruhrhalbinsel | GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonisos, Heisinger Str. 393 |

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer „GRÜNEN Zeiten“ von uns oder andern zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie Interesse an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum haben. Wenn Sie eine regelmäßige Zusendung des Newsletters „GRÜNE Zeiten“ wünschen, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre Email-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich.